

NEIN zur "Steuergerechtigkeits-Initiative"

Hans Kaufmann, Nationalrat, Wettswil

Mit der "Steuergerechtigkeits-Initiative" wollen die Linken und die Gewerkschaften für Alleinstehende Mindeststeuersätze auf Kantons- und Gemeindeebene festlegen. Für Einkommen, die CHF 250'000 übersteigen, soll der Mindeststeuersatz 22% betragen und für Vermögen über CHF 2 Mio., sollen mindestens 5 %o bezahlt werden. Für Familien können die Mindeststeuersätze ebenfalls angehoben werden. Damit sollen mindestens für CHF 300-400 Mio. zusätzliche Steuern aus dem Mittelstand gepresst werden. Ja, es ist vor allem der Mittelstand, der zur Kasse gebeten wird, die gleichen Leute, die ab 2011 CHF 1 Mrd. zusätzliche Mehrwertsteuern für die IV-Sanierung und weitere CHF 700 Mio. für die Sanierung der Arbeitslosenversicherung bezahlen müssen. Die neue Steuerskala wird nämlich nicht einen Tarifsprung in Form einer Treppe bei einem Einkommen von CHF 250'000 aufweisen. Die Steuertarife werden so angepasst werden, dass auch die Steuern für Einkommen unter CHF 250'000 ansteigen. Dieser Mehrertrag soll via Finanzausgleich vor allem an die Westschweiz, das Tessin und den Kanton Bern umverteilt werden.

Per Saldo führt eine Annahme der Initiative in 16 Kantonen zu Steuererhöhungen. Deren acht, vor allem die kleinen Kantone der Zentral- und Ostschweiz und einzelne Gemeinden müssen die Einkommenssteuern erhöhen. Unter jenen 14 Kantonen, die die Vermögenssteuern anheben müssten, befindet sich auch der Kanton Zürich. Der Kanton Zürich muss zwar die Einkommenssteuerskala nicht anpassen, aber mit der Annahme der Initiative werden künftige Steuersenkungen behindert. Diese Initiative bedeutet einen schwerwiegenden Eingriff in die Steuerhoheit der Kantone und Gemeinden. Das Endziel der Initiative ist klar. Der Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen und Gemeinden soll eliminiert werden, denn er zwingt die Regierungen mit den Steuergeldern sparsam umzugehen. Solange Steuerwettbewerb herrscht, können die Leute vergleichen. Und dies passt unfähigen Regierungen und Politikern nicht. Eine Harmonisierung von Steuern führt immer zu höheren Steuern. In einem ersten Schritt werden die Mindestsätze harmonisiert, dann folgt die Vereinheitlichung der Abzüge und Pauschalbesteuerungen nach dem Aufwand müssen abgeschafft werden. Endstation sind harmonisierte Steuern auf einem höheren Niveau und eine noch stärkere Umverteilung. Die Fleissigen und Sparsamen werden zur Kasse gebeten, die Schlendriane und Umverteiler sollen belohnt werden. Eine Annahme der Initiative würde den Standort Schweiz massiv schwächen. Bei der Standortwahl von ausländischen Firmen spielen eben auch die Steuern für die Kader eine Rolle und diese Führungsleute entscheiden letztlich über die Ansiedlung im Ausland. Mit einer weiteren Verschlechterung der Steuersituation bestrafen wir nicht nur die Schweizer KMU-Unternehmer, die mit ihren Vermögen Arbeitsplätze finanzieren, sondern wir verhindern auch die Schaffung neuer Arbeitsplätze.